

# Protokollauszug

aus der  
öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
vom 24.10.2001

---

öffentlich

## **Top 5      Vorstellung des Konzeptes der Elterninitiative Potsdam-West**

Frau Hochleitner schildert kurz die derzeitige Situation. Sie zeigt anhand einer Folie die Wege, die Eltern und Kinder täglich zur jetzigen Kita zurücklegen müssen und bittet den Jugendhilfeausschuss um Unterstützung bei der Schaffung von wohnortnahen Kita-Plätzen.

Frau Stooß betont, dass die Verwaltung die Bedarfslage genau geprüft hat. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass es in Potsdam-West eine Kapazität von 833 Kita-Plätzen gibt, tatsächlich sind derzeit 863 Plätze belegt.

Das Gesamtplatzangebot in diesem Sozialraum beträgt 3.066 Plätze, die derzeit auch tatsächlich belegt sind. Der tatsächliche Bedarf in diesem Sozialraum liegt bei 2.540 Plätzen. Es kann also festgestellt werden, dass wir mit 526 Plätzen mehr versorgen, als in der Versorgungsquote festgelegt ist.

Durch das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gibt es keine Versorgung mit Kita-Plätzen nach Einzugsgebieten. Es erfolgt die Versorgung des gesamten Stadtgebietes. Aber auch Kinder aus dem Umland werden betreut.

Anfragen an die ehemalige Nachbareinrichtung Wall am Kiez haben ergeben, dass ggf. zusätzlich Kinder aufgenommen werden können. Dies wäre aber insgesamt die einzige mögliche Erweiterung des Platzangebotes in diesem Bereich. Die Aufnahme weiterer Kinder ist aber abhängig von der Erteilung einer entsprechenden Betriebserlaubnis durch das Landesjugendamt. Die abgebrannte Kita soll nach dem Wiederaufbau als Ergänzung für den Hort 8 genutzt werden.

Frau Stooß macht deutlich, dass spezielle pädagogische Konzepte in jedem Gebiet der Stadt angeboten werden können.

Frau Basekow fragt nach der Gesamtauslastung an Kita-Plätzen in der Stadt.

Frau Stooß erklärt, dass es noch freie Kapazitäten am Stern, in Drewitz und am Schlaatz gibt. Sie macht darauf aufmerksam, dass eine wohnortnahe Versorgung mit Kita-Plätzen aufgrund des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern rechtlich nicht vertretbar ist.

Herr Schöder fragt, ob der Überhang an Kita-Plätzen auch in Altersgruppen aufgeschlüsselt werden kann.

Frau Stooß erklärt, dass dies nicht möglich ist, da das Platzangebot die 0- bis 12-jährigen betrifft und nicht in Altersgruppen unterteilt ist.

Herr Wernick-Otto empfindet hier einen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Er fragt, was gegen eine Nutzung der Knobelsdorffstraße 7 spricht.

Herr Hugler weist darauf hin, dass die Plätze in der abgebrannten Kita Wall am Kiez ursprünglich im Jugendhilfeplan als Angebot für diesen Bereich vorgesehen waren.

Er fragt, wieviele Plätze in der Nachbarkita bereitgestellt werden können und was gegen eine Nutzung des Objektes Knobelsdorffstraße 7 spricht.

Frau Ott (Kita-Leiterin) weist darauf hin, dass auch die Qualität der Arbeit erhalten bleiben muss. Es wird sehr genau geprüft, wieviele Kinder noch aufgenommen werden können.

Frau Stooß betont, dass die Umgestaltung der Räume des Objektes Knobelsdorffstraße 7 ca. 32 TDM kosten würde. Die Mittel, die für den Umbau benötigt werden, können weder durch die Stadt noch durch die Eltern aufgebracht werden.

Es wird auch über den Verkauf der Liegenschaft nachgedacht.

Frau Eichenmüller weist auf den bestehenden Sanierungsstau im Kita-Bereich hin.

Frau Hochleitner macht deutlich, dass aus ihrer Sicht die Notwendigkeit einer Umstrukturierung besteht. Sie fragt nach der Mitfinanzierung von freien Plätzen.

Frau Stooß erklärt, dass lediglich belegte Plätze finanziert werden. Sie macht nochmals die problematische Situation deutlich.

Herr Wernick-Otto betont, dass auf die Bedarfe eingegangen werden muss. Der Bedarf an Kita-Plätzen in Potsdam Nord und West muss gedeckt werden.

Frau Stooß macht nochmals deutlich, dass in diesem Bereich wesentlich mehr Plätze bereit gestellt werden, als für die dort lebenden Kinder benötigt werden.

Frau Basekow erklärt, dass in großen Einrichtungen oft einige Plätze frei sind, die aber nicht in andere Kitas umgelagert werden können.

Sie hat erfahren, dass es Irritationen zur Betreuung der Kinder aus dem Asylbewerberheim gibt. Die Unterbringung der Kinder erfolgt in der Einrichtung im Bisamkiez mit abgestimmter Betreuung.

Herr Schöder bittet die Verwaltung um einen Vorschlag zum weiteren Verfahren.

Frau Stooß betont, dass eine kurzfristige Prüfung zur Erweiterung des Platzangebotes der Kita Wall am Kiez erfolgt, um eine Aufnahme der Kinder, die wohnortnah untergebracht werden sollen, zu ermöglichen.

Sie macht deutlich, dass die Elterninitiative als Träger auch eigenständig eine Kita errichten und eine Betriebserlaubnis erlangen kann. Dann muss aber auch die Finanzierung durch den Träger erfolgen.

Frau Basekow regt an, dass sich der Unterausschuss in seiner nächsten Sitzung mit der Problematik befasst.

Frau Eichenmüller greift den Vorschlag von Frau Basekow auf, dies im Unterausschuss "Jugendhilfeplanung" zu beraten.

Herr Schöder schlägt vor, dass sich der Unterausschuss mit der Bedarfsplanung befasst.

Frau Basekow bietet an, dies im Unterausschuss "Kita" zu beraten. An der Beratung sollte ein Vertreter des Unterausschusses "Jugendhilfeplanung" teilnehmen. Die Sitzung wird noch vor dem nächsten JHA durchgeführt.

Herr Schöder stellt folgenden **Antrag**:

***Der JHA überweist den Vorgang an den Unterausschuss "Kita".***

**Abstimmung:**

Zustimmung: 6

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

Herr Wernick-Otto fragt die Vertreter der Elterninitiative, ob das inhaltliche Konzept oder die wohnortnahe Betreuung Priorität hat.

Frau Hochleitner betont, dass die wohnortnahe Betreuung Priorität hat.